

## Antrag

der CDU-Fraktion

### **Schnelle Verkehrsverbindungen aus allen Ober- und Mittelzentren nach Berlin – eine zielgerichtete Verkehrspolitik für die Pendler in Brandenburg**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg festgelegten Ziele zur Erreichbarkeit der Metropole Berlin aus den Ober- und Mittelzentren des Landes anzupassen. Angestrebt werden soll, dass die Metropole Berlin zukünftig aus allen Mittelzentren des Landes in maximal 90 Minuten, aus allen Oberzentren in maximal 60 Minuten und aus Mittelzentren des Berliner Umlands in maximal 30 Minuten erreicht werden kann.

Die steigenden Herausforderungen der Pendlerverflechtungen im wachsenden Berliner Umland sind zusätzlich durch kapazitätserweiternde Maßnahmen anzugehen. Dazu gehören einerseits die Schaffung von mehr Plätzen in den täglich überfüllten Regionalzügen und andererseits die Wiederaufnahme der Prüfung von S-Bahn-Lückenschlüssen, hier insbesondere der Verlängerung der S 25 von Teltow nach Stahnsdorf mit der Option eines Lückenschlusses bis zum Bahnhof Wannsee. Die Landesregierung wird aufgefordert für diese Trasse umgehend eine aktuelle Wirtschaftlichkeitsanalyse, eine sogenannte Standardisierte Bewertung, vorzulegen.

#### **Begründung:**

Berlin und Brandenburg bilden gemeinsam die „Hauptstadtregion“. Vielen ist nicht bewusst, dass die Hauptstadtregion nicht nur das Berliner Umland, sondern ganz Brandenburg – also auch die Prignitz, die Uckermark oder die Lausitz umfasst. Eine Hauptstadtregion sollte durch leistungsfähige Verkehrsverbindungen zusammengehalten werden. Dies entspricht auch den tatsächlichen Verkehrsverflechtungen. Täglich pendeln rund 200.000 Brandenburger zur Arbeit nach Berlin. Umgekehrt pendeln rund 80.000 Berliner zur Arbeit nach Brandenburg. Auch für kulturelle Anlässe ist das Ziel vieler Brandenburger die „größte märkische Stadt“ in ihrer Mitte. Dementsprechend sollten die Verkehrsverbindungen aus dem gesamten Land Brandenburg nach Berlin leistungsfähig ausgebaut und geplant werden. Im derzeit aktuellen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg ist lediglich festgelegt, dass die Erreichbarkeit Berlins aus den Oberzentren in 90 Minuten gewährleistet sein soll. Dies entspricht nicht den heutigen Bedürfnissen. Insbesondere auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung im Land sollten über die Landesplanung anspruchsvollere Zielsetzungen getroffen werden. Diese müssen in den nächsten Jahren durch eine langfristige Planung und einen entsprechenden Infrastrukturausbau realisiert werden.

Da das Berliner Umland darüber hinaus auch in den nächsten Jahren durch ein anhaltendes Bevölkerungswachstum und besonders ausgeprägte Pendlerverflechtungen nach und von Berlin gekennzeichnet sein wird, müssen die damit verbundenen Herausforderungen auch durch kapazitätserweiternde Maßnahmen angegangen werden. Dazu zählen insbesondere Lösungen für die täglich überfüllten Regionalbahnen durch Taktverdichtungen oder intelligente Ansätze über Flügelungskonzepte, Zuglängen oder Waggongrößen. Auch die 2012 durch die Landesregierung gestrichenen S-Bahn-Verlängerungen nach Brandenburg müssen in diesem Zusammenhang wieder aufgenommen und im nächsten Landesnahverkehrsplan berücksichtigt werden. Hier gilt es insbesondere die entsprechenden Trassen durch geeignete Maßnahmen für einen möglichen Ausbau freizuhalten. Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist bei weiterem Wachstum des Berliner Umlandes aber unumgänglich. Schon heute sind die Straßen nach Berlin im Berufsverkehr täglich überlastet. Ein schienengebundenes System bietet das größte Potenzial zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Da insbesondere die Region Kleinmachnow und Stahnsdorf trotz ihrer dynamischen Entwicklung und Pendlerverflechtungen nach Berlin bis heute keinen unmittelbaren Bahn- oder S-Bahnanschluss hat, ist der Ausbau des Streckenabschnittes der S-Bahn-Linie 25 von Teltow nach Stahnsdorf vorrangig voranzutreiben, mit möglicher Option eines Lückenschlusses bis zum Bahnhof Wannsee. Die Landesregierung ist aufgefordert, anhand der bereits vorliegenden Planungen hier zeitnah eine aktuelle Wirtschaftlichkeitsanalyse, die sogenannte Standardisierte Bewertung zu erstellen. Diese beinhaltet die Prüfung, ob sich das Verkehrsinfrastrukturvorhaben wirtschaftlich lohnt.

Michael Schierack  
CDU-Fraktion